

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 17,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition (siehe abgeheft 4,50 M.). Mit Bezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Circulation bezogen für Deutschland und Österreich 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., zuzüglich Postzuschlag, der Brief für Deutschland und Österreich 10,- M., für das übrige Ausland 15,- M. Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 54.

Die schlagfertige Komparsenliste über deren Name kostet 4,- M., einschließlich Erwerbszuschlag, keine Anzeigen! Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M., wenn von Seite. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516, 4603, 4635, 4649, 4621

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Einheitsfront der Reaktion

Die Deutsche Volkspartei hat offenbar das Bedürfnis, die gegenwärtige kritische Lage auszunutzen, um unter der Maske der „nationalen Einheitsfront“ der Rechtsentwicklung der Reichsregierung auch nach außen hin erkennbaren Ausdruck zu geben. Den in den letzten Tagen stattgefundenen Besprechungen über eine Verbreiterung der Regierungs-Koalition nach rechts und nach links lag vor allem das Bestreben der Deutschen Volkspartei zu Grunde, die Deutschen Nationalen, die in letzter Zeit immer stärkeren Einfluss auf die Regierung gewannen, auch formell in die Koalition hineinzuziehen. Es fanden Verhandlungen zwischen dem Führer der Volkspartei, Geheimrat Nieber, und dem Vorsitzenden der Deutschnationalen Partei Hergt statt, die aber zunächst ergebnislos verliefen. Hierzu erklärte die „Kreuzzeitung“: die Durchführbarkeit dieses naheliegenden Gedankens „mühte schon mit Rücksicht auf den jetzt mit voller Kraft geführten Wahlkampf in Preußen scheitern“.

Und wie die „Tägliche Rundschau“ mitteilt, hat Hergt das Angebot der Deutschen Volkspartei mit der Begründung abgelehnt, daß in diesem Falle die vier Millionen Wähler der Deutschnationalen Volkspartei davonlaufen würden, weil sie den Eintritt der Partei in die Regierung nicht verstehen würden.

Schon aus dieser Begründung der Ablehnung geht deutlich hervor, daß es lediglich demagogische Wahlrücksichten sind, die die äußerste Rechte veranlaßt, ihr inoffizielles Bündnis mit der Volkspartei nicht in ein offizielles zu verwandeln. Das Spiel mit verteilten Rollen, das diese beiden Parteien führen, soll fortgesetzt werden. Gegenwärtig wird nun noch daran gearbeitet, ein engeres Zusammengehen der beiden Reichtsparteien vorzubereiten. Wie „Post“ und „Volksanzeiger“ mitteilen, werden die Verhandlungen zwischen Volkspartei und Deutschnationalen fortgesetzt, um die äußerste Rechte in eine „nähere Fühlung“ zu den Koalitionsparteien zu bringen.

Wir würden es begrüßen, wenn endlich an die Stelle der betrügerischen Kulissenpolitik in dieser Frage geschaffener würde. Da die Koalitionsparteien anscheinend Sehnsucht nach einer Neuaufgabe des wilhelminischen Regiments (mit oder ohne Wilhelm) haben, so wäre es nur konsequent, wenn sie durch Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierungs-Koalition auch nach außen hin die Tatsache zum Ausdruck brächten, daß eine einheitliche Front von Hergt bis Koch über Stinnes und Trimborn besteht.

Für die Arbeiterklasse wäre es nur erwünscht, daß diese Front, die in der inneren Politik schon längst besteht, auch nach außen hin klar zum Ausdruck gelangte, damit das vereinte Bürgertum die Verantwortung für die Lösung der außenpolitischen Krise tragen soll, die es durch seine Politik heraufbeschworen und vertieft hat.

Briands Erklärung

Ministerpräsident Briand wird heute Donnerstag sowohl im Senat als auch in der Kammer über die Konferenz in Paris eine Erklärung abgeben, die auf dem heute vormittag stattfindenden Kabinettsrat inhaltlich festgelegt wird. Hierauf werden in der Kammer acht Interpellationen über die auswärtige Politik beraten werden. 19 Redner sind bisher angemeldet.

Die Abreise Bergmanns

Die Pariser Zeitungen erblicken in der Abreise des Führers der deutschen Sachverständigen auf der Brüsseler Konferenz, Staatssekretär Bergmann, die Bestätigung dafür, daß die Konferenz verzagt werden soll. Wie „Echo de Paris“ wissen will, habe Bergmann in Unterredungen mit verschiedenen Persönlichkeiten von Quai d'Orsay darauf gedrungen, daß die Brüsseler Konferenz verschoben werde mit Rücksicht auf die kurze Frist, die zwischen ihr und der Londoner Konferenz liegt.

„Zeit Parisien“ schreibt: Nach Ansicht des deutschen Sachverständigen ist es schwer, die Modalitäten einer Zahlung vor der Einigung über die Zahlung selbst zu erörtern. Die Brüsseler Konferenz könne also erst nach der Londoner stattfinden; da die Londoner Konferenz nicht vor dem 25. 2. mit der Prüfung der deutschen Angelegenheiten beginnen werde, würde die Brüsseler Konferenz wenigstens bis zum 8. oder 9. März zu verlagern sein.

„Zeit Parisien“ meint, daß sich über die deutsche Auffassung wohl sprechen lasse, denn die Pariser Konferenz habe das System der fünf Annuitäten, das Bergmann angenommen habe, nicht verworfen, es im Gegenteil in das erweiterte System mit einbezogen, das die ganze Frage der deutschen Schuld löse. Das hätten die Deutschen gerade gewollt, als sie die Festlegung einer Pauschalsumme verlangten. Eines sei klar, daß nämlich die deutschen Sachverständigen sich sichtlich nach den Weisungen des Reichsministers Simons richten und streifen würden, und das sei der Beginn der Diskussion gegen die Entscheidungen der Konferenz. Das Blatt meint, es sei voraussehen, daß die Deutschen auch in London wie in Spaa

das Recht beanspruchen würden, auf gleichem Fuß Prinzipienfragen zu erörtern, d. h. die Entscheidungen von Paris wieder in Frage zu stellen. Diese Absicht habe ja auch Dr. Simons im Reichstag klar zum Ausdruck gebracht.

Weiter sagt „Zeit Parisien“ in einem Leitartikel, Reichsminister Simons habe nicht erklärt, daß Deutschland nicht nach London zur Konferenz gehen wolle. Die deutsche Regierung habe also noch keine uniderrussische Entscheidung getroffen. Das Abkommen von Paris habe in den Augen erster Deutscher zwei ganz verschiedene Teile. Man würde sich mit acht bis zehn Annuitäten einverstanden erklärt haben; was Deutschland erschrecke, sei der Gedanke, daß es sich auf 42 Jahre verpflichten müsse. Wenn man Ratlosigkeit bewahre, sei es nicht unmöglich, Deutschland durch Zwang und auch durch Ueberrückung dahin zu bringen, daß es die in Paris beschlossenen Zahlungen, insbesondere die der 42 Annuitäten, annimmt.

Die Vorschläge des „Tempo“

Paris, 2. Februar. „Tempo“ schlägt in seinem heutigen Leitartikel im Anschluß an eine Betrachtung über die gestrige Rede des Reichsministers Dr. Simons unter Berufung auf Artikel 270 des Versailler Vertrages vor:

1. daß die alliierten Regierungen, jede in ihrer Besetzungszone, Bezug von den deutschen Zolleinnahmen am linken Rheinufer nehmen;
2. daß sie durch eine Zollgrenze das besetzte deutsche Gebiet von dem nicht besetzten trennen;
3. daß die alliierten Regierungen unverzüglich ein Zollregime für das besetzte Gebiet ausarbeiten.

Drei ausländische Gutachten

Das englische Arbeiterblatt „Daily Herald“ veröffentlicht drei interessante Gutachten über den neuen Entschädigungsplan der Alliierten. Horman Angell, der bekannte Verfasser des Buches „Die große Illusion“ sieht in dem Plan nur einen Trick zur Irreführung der Wähler. Er erklärt: Es ist reine Demagogie, Spiegelschere und Unsinn. Diese Zahlen sind phantastisches Geschwätz, und jeder, der sie festgestellt hat, weicht dies. Aber sie dienen dazu, das Publikum ein oder zwei Jahre zum Besten zu haben und da unsere Staatsmänner von der Hand in den Mund leben, ist ein Jahr oder zwei ein Zeitalter. Bis dahin wird es in Frankreich ein anderes Ministerium und in England vielleicht ein anderes Premier geben und jemand anders wird in der Politik sitzen. Das ist Lloyd Georges Staatsmannskunst.

Dieselbe Ansicht äußert der englische Nationalökonom Brailsford. Er tadelt den „Daily Herald“, daß er die Pariser Konferenz und ihre Beschlüsse eine Verächtlichkeit genannt habe. Verächtlichkeit umschließt immer noch einen Teil von Aufrichtigkeit. Hier handele es sich aber um viel Schlimmeres. Er weist darauf hin, daß der letzte offizielle Bericht über die Wirtschaftslage Deutschlands das ganze deutsche Nationaleinkommen auf 100 Milliarden Mark veranschlage, daß Deutschland mit einem Defizit von mehr als 70 Milliarden Mark arbeite und daß die 2 Milliarden Goldmark, die Deutschland nun im ersten Jahr bezahlen solle, 22 Milliarden Papiermark ausmache, so daß also Deutschland einen Ausgabeetat aufstellen müßte, der zweimal so groß sei wie das ganze Nationaleinkommen. Der wahre Zweck der in Paris zum Ausdruck gekommenen Politik sei, die deutschen Arbeiter als Sklavenarbeiter in ihre Gewalt zu bekommen und mit diesem Mittel dann die alliierten Arbeiter zu unterwerfen.

Jouhaux protestiert gegen die Ausdehnung der Besetzung und gegen die Erhöhung der Kohlenlieferungen durch Deutschland. Er erklärt, die Lösung des Wiedergutmachungsproblems könne nur durch die gemeinsame Arbeit französischer und deutscher Arbeiter geschehen, und die Erklärung, welche die deutschen Gewerkschaften in diesem Sinne abgegeben hätten, sei klar und bewundernswert.

London, 2. Februar. „Westminster Gazette“ spricht über die Erklärung Simons mit Bezug auf die Entwaffnung. Das Blatt sagt, die Alliierten hätten es in der Hand, Deutschland Strafen aufzuerlegen; wenn jedoch eine tatsächliche Wiedergutmachung erzielt werden sollte, so müßte sie das Ergebnis einer Art von Uebereinkunft sein. Jetzt sei die Reihe an den Deutschen, ihre eigenen Vorschläge vorzulegen. Diese würden jedoch wenig Nutzen haben, wenn sich die Deutschen ebenfalls nach einer Seite verziehen, wie dies die Alliierten nach der anderen Seite getan haben. Die Deutschen täten gut, endlich die Höchstsumme, die sie zu zahlen in der Lage sind, zu erwägen und ihren Standpunkt dann eingehend zu begründen.

Ausdehnungen der Landesparlamente. Auch die Parlamente der Länder haben bereits Stellung genommen zu den Pariser Beschlüssen. Am sächsischen Landtag hat der Präsident Krassdorf (Soz.) gestern vor Eintritt in die Tagesordnung im Namen des sächsischen Volkes gegen die Zahlungsbedingungen und die Zwangsmassnahmen der Entente, die in der Wiedergutmachungsnote angekündigt werden, scharfen Protest erhoben. Am württembergischen Landtag gab Präsident Walter eine Erklärung ab, die die Erfüllung der Forderungen als ein Ding der Unmöglichkeit bezeichne. Mehrfache Erklärungen wurden im Hamburger Senat, im braunschweigischen und bayerischen Landtag abgegeben.

Die Bankrottwirtschaft der Reichsversicherung

Von Paul Lange

Die von den kaiserlichen Lakaien so oft gerühmte Thronrede Wilhelms I. vom 15. Februar 1881 bezeichnete die damals erst geplanten Versicherungsgesetze für Kranke, alt und invalid gewordene oder im Beruf verunglückte Arbeiter und Angestellte mit fühner Offenherzigkeit als „eine Verwirklichung der Gesetgebung zum Schutze gegen sozialdemokratische Bestrebungen“. Das Sozialistengesetz, das durch Gefängnisstrafen und Stadtverweisung die aufstrebende Arbeiterbewegung niederhielt, sollte auf diese Weise ergänzt, d. h. die Reichsversicherung durch ein angebliches Zuckerbrot „vervollständigt“ werden. Die Begründung zu dem Gesetzentwurf vom Jahre 1888 über die Alters- und Invalidenversicherung sagte ebenso klar, diese Versicherung habe die Mittel aufzubringen, um in zahlreichen Fällen an Stelle der bisher zu gewährenden Armenunterstützung einen Rechtsanspruch auf ein bestimmtes Einkommen zu setzen.

Die Alters- und Invalidenversicherung war eine Neuordnung der Armenpflege, um den einzelnen Gemeinden eine „drückende Last“ abzunehmen — eine Last, die nunmehr die Versicherten selbst zu tragen hatten, indem sie die Beiträge an den Staat abführten, der sie ansammelte und verwaltete. Die Unfallversicherung schloß die Unternehmer zusammen, um die Lasten zu verteilen, wenn der einzelne Unternehmer von seinen Arbeitern für etwaige Unfallschäden haftbar gemacht wurde. Die Verwaltung dieser Unfallversicherung liegt lediglich in den Händen der Unternehmer. In der Krankenversicherung hatten die Arbeiter und Angestellten im Vergleich zu den anderen Versicherungszweigen größere Verwaltungsrechte; die Krankenversicherung hat sich daher auch am besten entwickelt.

Durch die Reichsversicherungsordnung von 1911 wurde die Unfallversicherung sowie die Alters- und Invalidenversicherung gezwungen, mindestens ein Viertel ihres Vermögens in Anleihen des Reichs und der Bundesstaaten anzulegen. Die Unfallversicherung hat die Mittel für ihre Aufwendungen „durch Beiträge aufzubringen, die den Bedarf des abgelaufenen Geschäftsjahres decken“; sie sammelt also keine großen Kapitalien an.

Die Alters- und Invalidenversicherung — auf die wir uns im nachstehenden beschränken — war gesetzlich genötigt, nach Art der privaten Versicherung, große Reserven anzuhäufeln; sie betrug:

Jahr	Reinvermögen	darunter Reichs- und Staatsanleihen (Reinwert)
	971	971
1912	1 929 095 320	299 847 775
1913	2 105 491 550	574 146 395
1914	2 252 472 190	568 991 791
1915	2 354 539 656	523 483 295
1916	2 428 311 944	1 093 394 482
1917	2 519 925 482	1 355 696 275
1918	2 450 775 531	1 534 896 556

In den Zahlen von 1912 bis 1917 ist Elsaß-Lothringen einbezogen, 1918 nicht mehr. Wie man sieht, ist das Reinvermögen seit 1912 von 1 929 095 320 M. bis 1918 auf 2 450 775 531 M., also um 521 680 911 M. gestiegen; der Bestand an Staatsanleihen hat in der gleichen Zeit aber von 299 847 775 M. auf 1 534 896 556 M., also um 1 235 048 781 M. zugenommen. Mit anderen Worten, die Träger der Alters- und Invalidenversicherung haben mehr Kriegsanleihe gezeichnet, als sie verfügbare Gelder hatten! Sie haben lediglich zu dem Zwecke, Kriegsanleihe zu zeichnen, ungeheure Schulden aufgenommen. Das Reichsversicherungsamt teilt mit:

in den „Amtlichen Nachrichten“ Nr. 1, 32. Jahrgang: „die außerordentliche Zunahme der Schuldverpflichtungen (im Jahre 1914) ist darauf zurückzuführen, daß die überwiegende Mehrzahl der Versicherungsträger zur Erwerbung von Kriegsanleihen und zur Hingabe von Darlehen an bedürftige Gemeinden Darlehen — meist unter Verpfändung von Wertpapieren — aufgenommen hat“;

in den „Amtlichen Nachrichten“ Nr. 1, 33. Jahrgang: „die weitere Zunahme der Schuldverpflichtungen (im Jahre 1915) um mehr als 200 Millionen steht in ursächlichem Zusammenhange mit den im Jahre 1915 zur Ausgabe gelangten beiden Kriegsanleihen, an denen die Versicherungsträger mit erheblichen Beiträgen beteiligt sind“;

in den „Amtlichen Nachrichten“ Nr. 1, 34. Jahrgang: „die weitere beträchtliche Zunahme der Schuldverpflichtungen (im Jahre 1916) steht in ursächlichem Zusammenhange mit den im Jahre 1916 zur Ausgabe gelangten beiden Kriegsanleihen, an denen die Versicherungsträger wieder mit erheblichen Beiträgen beteiligt sind“;

in den „Amtlichen Nachrichten“ Nr. 1, 35. Jahrgang: „die weitere beträchtliche Zunahme der Schuldverpflichtungen (im Jahre 1917) steht in ursächlichem Zusammenhange mit den im Jahre 1917 zur Ausgabe gelangten beiden Kriegsanleihen, an denen die Versicherungsträger wieder mit erheblichen Beiträgen beteiligt sind“.

in den „Amtlichen Nachrichten“ Nr. 1, 26. Jahrgang: „die weitere beträchtliche Zunahme der Schuldverpflichtungen (im Jahre 1918) steht in ursächlichem Zusammenhange mit dem im Jahre 1918 zur Ausgabe gelangten beiden Kriessanleihen, an denen die Versicherungsträger wieder mit erheblichen Beiträgen beteiligt sind, und ...“

Geradezu verheerend hat die Landes-Versicherungsanstalt Berlin gewirtschaftet; sie wies Ende 1918 bei einem Reinerlöse von 119 660 131 M. einen Bestand von 157 977 456 M. Wertpapieren und verfallenen Geldern auf, darunter 101 471 550 M. Staats-(Kriegs-)anleihen. Sie mußte infolgedessen einen Pump von 57 890 868 M. aufnehmen.

Die baren Gelder sind nach Ausbruch des Krieges auf Anweisung der kaiserlichen Regierung millionenweise aus den Kassen der Alters- und Invalidenversicherung entnommen und der Kriegführung zugewiesen worden. Der Krieg selbst aber schaffte viele Verwundete, die in ihrer zweiten Erwerbsfähigkeit beschränkt sind und nun die Invalidenversicherung in Anspruch nahmen. Was nun tun, da das Vermögen dieser Versicherung verwirrt war? Es ist verwirrt worden, denn die Staatsanleihen sind gewaltig im Kurse gefallen. Und wollte die Alters- und Invalidenversicherung ihre im Kurse gefallen Staatsanleihen verkaufen, so würde dies erst recht neue Kursstürze herbeiführen!

Die kaiserliche und später auch die republikanische Regierung erhöhte einfach die laufenden Beiträge, statt die um ihr Vermögen gebrachte Invalidenversicherung zu entschädigen. Die erhöhten Beiträge betragen wöchentlich:

Beitragsklasse	bis Ende 1918	von Anfang 1917 bis Ende Juli 1920	vom 1. August 1920 bis 20. Dezbr. 1920
1	18 Pfg.	18 Pfg.	90 Pfg.
2	24 „	26 „	100 „
3	32 „	34 „	110 „
4	40 „	42 „	120 „
5	48 „	50 „	140 „

Die volle Wirkung der von 1914 bis 1918 betriebenen Bankrotwirtschaft zeigte sich erst in den Jahren 1919, und namentlich 1920. Zu Ende des Jahres 1920 war die Alters- und Invalidenversicherung vollständig zahlungsunfähig. In aller Stille und Heimlichkeit, aber blitzschnell, einigten sich am 18. Dezember 1920 Regierung und Reichstag (mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten) dahin, ab 20. Dezember 1920 die wöchentlichen Beiträge plötzlich wie folgt zu erhöhen:

Beitragsklasse 1	= 180 Pfg.
2	= 200 „
3	= 220 „
4	= 240 „
5	= 280 „

Um den Versicherten gegenüber zu verdecken, was der Grund zu dieser geradezu ungeheuerlichen Beitragserhöhung ist, beschloß man gleichzeitig, den notleidenden Sozialrentnern Rentenzulagen zu gewähren.

Man kann aber den darbedenden Versicherten unmöglich zumuten, diese hohen Beiträge zu zahlen, solange in der Verwaltung dieselben Leute als Leiter und Verantwortliche sitzen, die die Versicherung in den Bankrott gestürzt haben. Den Bankrotteuren stellt man nicht neue Gelder zur Verfügung.

III.

Die durch Gesetz vom Jahre 1911 geschaffene Reichsversicherungsanstalt für Angestellte (R. f. A.) hat genau so gewirtschaftet. Sie vereinnahmte seit ihrem Bestehen bis Ende 1918 insgesamt 777 000 000 M. und sie hat (außer den sonstigen in ihrem Besitz befindlichen Staatspapieren) nicht weniger als 600 Millionen Mark Kriegsanleihe gezeichnet; ebenfalls weit mehr, als sie verfügbare Gelder hatte. Denn sie sagt in ihrem Bericht für 1919: „Die Geldeingänge der ersten Monate des Berichtsjahres wurden fast ausschließlich zu Einzahlungen auf die gezeichnete Kriegsleihe verwendet. Als dann im Mai (1919) diese Zahlungen beendet und damit die sämtlichen 600 Millionen Mark gezeichnete Kriegsleihe aus den Mitteln der R. f. A. voll eingezahlt waren, nahm die Anstalt das bei Kriegsausbruch eingestellte

Darlehensgeschäft wieder auf.“ Für die Jahre 1918 und 1919 hat die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte einen Kursverlust von sage und schreibe 133 266 439 M. abgeschrieben.

Wenn bei der R. f. A. die Wirkung der finanziellen Mißwirtschaft nicht so katastrophal in die Erscheinung tritt, wie bei der Alters- und Invalidenversicherung, so nur deswegen nicht, weil die R. f. A. fast noch keine Renten zu zahlen braucht. In den nächsten Jahren werden aber die Rentenansprüche wesentlich größer werden. Das Direktorium der R. f. A. arbeitet seit längerer Zeit darauf hin, auch für die Angestelltenversicherung höhere Beiträge einzuführen. Dieser Schlag muß abgewehrt werden; nicht höhere Beiträge tun not, sondern eine gewissenhafte Verwaltung muß her!

Die Verstrufung der bürgerlichen Presse

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Dresden, 3. Februar.

Die „Unabhängige Volkszeitung“ in Dresden veröffentlicht jetzt neues Material über die Verstrufung der bürgerlichen Presse in Deutschland, insbesondere über die geschäftlichen Transaktionen des deutschen „Generalanzeiger“-Konzerns von Hud. Dieser Konzern ist seinerzeit gegründet worden von dem alten August Hud, der kurz vor dem Kriege starb. Das Erbe Huds ist jetzt auf seine drei Söhne übergegangen, die in Berlin ihr Bureau haben, von dem aus so ungefähr nach jeder deutschen Großstadt die geistigen und geschäftlichen Direktoren für die dem Konzern in der oder jener Form angeschlossenen Blätter ausgegeben werden. Was das für die Politik bedeutet, erhellt aus der einen Tatsache, daß der Älteste der Brüder Hud, der 30jährige Wolfgang Hud, während des Krieges z. B. nie in die Lebensgefahr der Einberufung geriet, weil er sich einfach in den Dienst des Auswärtigen Amtes stellte, mit seinem großen Geldbeutel Agentendienst im Ausland leistete und nun von Berlin aus die entsprechenden Durchhalteparolen an seine Redaktionen in täglichen Telefonorders ausgab.

Dem Hud-Konzern gehören u. a. an: „Münchener Zeitung“, „Halleische Nachrichten“, „Breslauer Neueste Nachrichten“, „Breslauer Morgenzeitung“, „Stuttgarter Tagblatt“, „Ettlinger Neueste Nachrichten“, „Dresdener Neueste Nachrichten“. Dazu kam früher in Leipzig ein Blatt, die ehemals königliche „Leipziger Zeitung“, die jetzt durch Kauf an den Leipziger Verleger und Geschäftlichen Exminister Reinhold gefallen ist. Entweder ist bei allen diesen Zeitungen Hud direkt firmierender Besitzer oder aber er hat irgend einen Strohmännchen, wie in Dresden den Professor Wolf, in Leipzig den verstorbenen Inferatenaquisitor Kraus, in Stuttgart und in München einen Buchhalter, vorgegeben, damit die finanziellen Fäden nach Berlin hin unsichtbar werden.

Alles in allem dürfte der Hud-Konzern 1-1½ Millionen Abonnenten umfassen. Die Hud-Zeitungen sind sehr einträgliche Unternehmungen. Als „Generalanzeiger“-Blätter werfen z. B. der frühere „Breslauer Generalanzeiger“, jetzt „Neueste Nachrichten“, einen durchschnittlichen jährlichen Reingewinn von rund 1 Million Mark ab. Die „Halleischen Nachrichten“, damals „Generalanzeiger für Halle“, einen solchen von einer halben Million. Am bestbezahlten ist es Hud, weil damit in der Politik das beste Geschäft zu machen ist, wenn sich seine Blätter einer verworrenen Demokratie befleißigen.

Unberufene Stimmen

Die christlich-nationalen Gewerkschaften über die Pariser Beschlüsse

In renommiertester Aufmachung wird gemeldet: „Der 41 Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung umfassende Deutsche Gewerkschaftsbund nahm in einer Vertreterkonferenz Stellung zu den Pariser Beschlüssen“. In einer Entschließung, die dort angenommen wurde, heißt es:

„Angesichts der auf die Dauer unerträglichsten Folgen, die schon zahlreiche Bestimmungen des Versailler Vertrages für unser Volk mit sich bringen werden, muß die Reichsregierung alle

neuen, aus dem Vertrage nicht hervorgehenden Ansprüche der Gegner unbedingt zurückweisen, lieber eines abermaligen moralischen Anerkennung gegenüber der Entente und eine gar nicht zu tragende Verantwortung vor künftigen deutschen Geschlechtern auf sich zu nehmen. Vom Standpunkt der schaffenden Arbeit, insbesondere der lediglich auf die Anstrengungen von Kopf und Hand für ihren Unterhalt angewiesenen Arbeitnehmer, gibt es auf die wirtschaftlichen Entschädigungsversuche des Pariser Reparationsplanes nur die eindeutige Antwort: Nein!“

Dann heißt es: „Sklavenerbeit werden unsere deutschen Arbeiter und Angestellten niemals tun!“

Diese Leute sollten sich um andere Dinge kümmern. Es ist schon beschämend, wenn sich Arbeiter und Arbeitervertreter dem nationalpolitischen Rummel nicht fernhalten, der jetzt anhebt, um die durch die Pariser Beschlüsse aufgeworfene Frage auf ein völlig falsches, für die auswärtige Politik Deutschlands verderbliches Gleis zu schieben, so sollten wenigstens diese Kreise nicht von Sklavenerbeit sprechen. Denn sie tragen ein gerüttelt Maß an Schuld daran, daß die deutsche Arbeiterklasse immer noch in der Sklaverei des deutschen Kapitals lebt und in der Gefahr schwebt, tiefer in diese Sklaverei hineinzugeraten. Aufgabe von Gewerkschaftsorganisationen ist es nach unserer Meinung, gegen diese Sklaverei zu kämpfen und im übrigen Ruhe zu bewahren und die Entscheidung über die politischen Fragen der vorliegenden Art den berufenen politischen Kreisen zu überlassen.

Aber es ist wie 1914. Alles drängt sich ans Licht, was nichts zu sagen hat. Wir möchten die Verbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes fragen, was sie während des Krieges gegen jene Politik getan haben, die dieses Unheil heraufbeschworen hat? Die deutsche Arbeiterklasse, die frei ist von Schuld an der Kriegspolitik und ihren Folgen, hat keinen Anlaß, an diesem Einheitspektakel, der ganz in ein verdächtiges „völkisches“ Fahrwasser zu geraten droht, Anteil zu nehmen. Sie hat im Gegenteil die Pflicht, kaltblütige Ruhe zu bewahren und überall alle zurückzuweisen in ihre Schranken die den Versuch machen, das deutsche Volk in diesem kritischen Augenblick abermals von den Wegen abzudrängen, die nächste Besonnenheit ihm weist.

Der Fall Kerkhoff

Im Haushaltsauschuß des Reichstags ergriß heute vormittag vor Eintritt in die Tagesordnung der Finanzminister Wirth das Wort, um der Aufforderung des Ausschusses entsprechend an Hand der Akten über den Fall Kerkhoff zu berichten. Der Bericht des Finanzministers sowie die Debatte darüber gestaltete sich zu einer regelrechten Niederlage der Deutschen Nationalen, die den Finanzminister in der vorigen Sitzung hatten zwingen wollen, eine Ehrenerklärung für Kerkhoff abzugeben.

Wir werden über diese Verhandlungen im Morgenblatt eine ausführliche Darstellung veröffentlichen.

Die englische Unabhängige Arbeiterpartei gegen Moskau

III. London, 3. Februar.

Von den Nebensektionen der Independent Labour Party, der größten englischen sozialistischen Organisation, haben sich bis jetzt fünf Sektionen über die Frage des Anschlusses an Moskau ausgesprochen. Das Gesamtergebnis der fünf Sektionen ergibt 273 Stimmen gegen den Anschluß und 130 Stimmen für den Anschluß an Moskau. Das Resultat der noch ausstehenden zwei Sektionen kann an dem Gesamtergebnis nichts mehr ändern.

Immer sehr weltfremd! Vor dem Marineauschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses erklärte General Verhulst, die Vereinigten Staaten sollten mit ihrem augenblicklichen Flotten- und Heeresprogramm fortfahren, bis ein endgültiges Abkommen in der Abrüstungsfrage mindestens zwischen den fünf großen Weltmächten zustande gekommen sei. Nach der Politik der fünf großen Weltmächte zu urteilen, wird ein endgültiges Abkommen über die Abrüstung wohl noch auf lange hinaus gestiftet.

Ebenfalls Plattfische, aber von länglicher Form, sind die Zungen (Seezunge, Rotzunge). Namentlich sie sind Fische von großem Wohlgeschmack.

Von den Rundfischen sind am bekanntesten Kabeljau und Schellfisch. Beide haben drei Rückenflossen. Der Kabeljau ist an seinen Bartfäden kenntlich, der Schellfisch an der schwarzen Seitenlinie.

Im frischen Zustande ist einer der feinsten Fische die Matrele. Sie hat zwei deutlich erkennbare Rückenflossen und hinter der zweiten Rückenflosse nach dem Schwanz hin noch 5-6 ganz kleine Flossen. Der schöngeformte Körper ist auf dem Rücken bläulich und gebraunlich gestreift, der Schwanz ist schwalbenschwanzähnlich. Die Matrele schmeckt am besten in überföhlichem Wasser unter Zusatz von Zwiebeln abgekocht, dann herausgehoben und mit zerlassener — nicht mit brauner — Margarine (von Butter wagt sich nicht zu sprechen) übergossen.

Ein Fisch, den die Hausfrauen ebenfalls viel zu wenig schätzen, ist der Rötbarisch oder Goldbarisch, in Norwegen auch Polarkarpfen genannt. Er steht wie ein Kleingoldfisch aus und nimmt es an Wohlgeschmack mit den meisten Flussschiffen auf. Bereitet wird der Goldbarisch, wie oben von der Matrele beschrieben, oder grün gekocht, wie die Flussschiffe.

Am bekanntesten ist wohl überall der Hering. Er führt auch die interessanteste Lebensweise und hat wirtschaftlich die größte Bedeutung. Er taucht in großen Jügen auf und verblüht ebenso plöthlich.

Dem Hering verdankt England einen nicht geringen Teil seines Reichtums. Das rührt daher, daß die schottisch-englische Küste alljährlich von einem der größten Heringeschwärme der Welt bestrichen wird.

Im Juni etwa taucht der Schwarm bei den Shetlandsinseln aus dem Ozean auf. Im folgenden Monat erreicht er die schottische Küste. Hier geht nun eine wilde Vernichtungssorgle gegen die armen Fische los. Da sie den Engländern bequem vor der Tür liegen, zehren diese in allen möglichen Fahrzeugen gegen die Tiere zu Felde. Dampfer, Jollen, Logger, Boote, Kutten, Köpfe, alles geht auf den Heringfang. Die Heringe sind an der schottischen Küste meist noch im Stadium der Jungfräulichkeit und geben die berühmten schottischen Matjesheringe ab.

Unausführlich dringt der Schwarm dann weiter vor. Aus dem Matjeshering wird der Fetthering, der über die Doggerbank nach Süden zieht. Hier stellen ihm im August und September, während er sich zum Vollerhing entwickelt, die Logger und Fischdampfer aller Nationen nach.

Im Oktober und November dringt er zum Kanal vor. Ihn unerbitlich nach die raubgierige Flottille der Heringfischer. Unmöglich geht er zum Laiden über. Aus den Vollerhingen werden die „Ihlen“, die wertlosen abgelaichten Fische. — Dann ver-

Hochsee-Fischerei Berlin

Von Paul John

Der Berliner Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage zugehen lassen, die bezweckt, Berlin mit billigen Seefischen zu versorgen. Die Stadt soll 75 Prozent einer Bürgerkassette für 30 Millionen Mark übernehmen, die es der „Gemeinnützigen Hochseefischerei-Gesellschaft Groß-Berlin G. m. b. H. in Gesellschaft“ ermöglicht, vier neue Teledorische Fischdampfer sowie acht vom Reich angebotene Dampfer, darunter drei Islandfischer, zu übernehmen.

Damit wird ein kräftiger Schritt zur Verbesserung unserer Volksernährung und zum Abbau der ungeheuerlichen Fleischpreise getan.

Das Meer ist unererschöpflich, obgleich man seinen Bewohnern in allen möglichen Fahrzeugen und mit allen denkbaren List zu Leibe geht. Der Fischfang ist eine Reproduktion, wie die Landwirtschaft oder wie der Bergbau. Das Meer steht allen offen. Zwei Seemeilen vom Lande entfernt darf man an jeder Küste ohne irgend welche behördliche Einschränkung fischen und auf den großen „Bänken“, d. h. den für die Grundsee erreichbaren Stellen im Meer, fischen nebeneinander die Fahrzeuge aller Nationen.

Vielen Berlinern dürfte die Fischerei in der pommerischen Bucht vor den Baderorten Swinemünde, Ahlbeck und Heringsdorf bekannt sein. Die Fische werden dort in Stellnetzen gefangen. Offene Boote sehen Rehe aus, die auf dem Grunde verankert sind. Bleistücke oder Steine halten das Reh am Boden fest, Korbschwimmer heben die obere Partie auf, jedoch nicht weit genug, daß sie die Oberfläche des Wassers erreichen. Die Rehe bilden auf diese Weise lange, im Wasser stehende Wände, in denen sich die Fische mit den Riemern selbsthalten, wenn sie das Reh zu durchschwimmen versuchen. Anfang und Ende des Rehes sind durch kleine Fähnchen kenntlich, die über die Wasseroberfläche emporragen und die Auffindung der Rehe erleichtern.

Ueber den Bereich der Küstfischerei hinaus verwendet man gedeckte Fischfahrzeuge, die Logger, die nicht mit Stellnetzen, sondern mit Treibnetzen fischen. Bei diesen Rehen sind die Schwimmlörper so groß, daß sie das Reh nicht bis auf den Boden sinken, sondern wie einen Vorhang ins Wasser hinabhängen lassen. An sogenannten Stralkauern sinkt die Oberseite des Rehes in der flachen Offsee weniger tief, in der Nordsee bis 16 Meter unter der Oberfläche herab. Die einzelnen Rehe werden aneinander befestigt und haben in der Nordsee zusammen eine Länge bis zu 4 Kilometern.

An dem einen Ende dieser „Fleeth“ hängt der Logger mit niedergelegtem Mast, dabei mit dem Winde fortziehend, und

spannt so das Reh zu einer langen Wand. Das Schiff treibt nun am Fleeth wie an einem Anker hängend die ganze Nacht, der übrigen Schifffahrt durch die besondere Lichterführung als Fischereifahrzeug kenntlich, dem alles auszuweichen verpflichtet ist.

Am anderen Morgen wird die Fleeth „gehoben“, d. h. wieder an Bord genommen, die Fische werden aus dem Reh geschüttelt und sofort „getaakt“, indem man durch einen Schnitt in die Rehe die Eingeweide entfernt, wobei man jedoch den Fischen Krogen oder Milch beläßt.

Außer mit den Treibnetzen fängt man in nicht allzu tiefen Gewässern die Fische auch mit der „Kurte“. Die „Kurte“ ist ein Reh von der Form eines riesigen Beutels, der vorne durch den „Kurtbaum“ ausgespannt wird. Der Kurtbaum wird quer zur Fahrtrichtung des in diesem Falle nicht treibenden, sondern segelnden Fahrzeuges über den Grund geschleppt. Der riesig lange hölzerne Baum hat an jedem Ende einen Eisenbügel, auf dem er, wie auf Schlittenlauf, über den Seeboden schleift. Passiert der Baum den Grund, so stößt er mit unschätzbare Sicherheit alles Getier des Meeresbodens auf, das nun, emporgeschredt, in das ausgespannte Reh gerät und bis in die hintere Ausbuchtung des Rehes, in den sogenannten „Steeri“, geschwemmt wird.

Bei den Fischdampfern hat die „Kurte“ den „Scheerbrettern“ Platz gemacht. An jedem Flügel des großen Rehes befindet sich ein Brett, das senkrecht zum Wasser steht. Hängt nach Aussehen des Rehes die Schraube an zu arbeiten, so ziehen zwei rechts und links am Reh befestigte Seile es hinter dem Dampfer her. Die Scheerbretter können nun infolge ihrer eigenartigen Beschichtung dem Zuge nach vorn nicht ohne weiteres folgen, sie „scheeren aus“, d. h. treiben durch den Gegenruck des Wassers nach der Seite und spannen so das Reh aus. Ebenso wie die „Kurte“ ist auch dieses Schleppnetz mit einem „Steeri“ versehen, in dem die Fische hineintreiben.

Unter den mit diesen Mitteln gefangenen Fischen sind wohl auch im Binnenlande am bekanntesten die sogenannten Plattfische. Die Plattfische sind in der frühesten Jugend rund wie andere Fische. Mit fortschreitendem Wachstum wandern ihre Augen aus der Mittellinie nach einer Seite, der Fisch legt sich um und wird platt.

Die Augen auf der linken Seite haben die Butten (Heilbutt, Steinbutt usw.); die Schollen, Scharben und fast alle Flundern haben die Augen auf der rechten Seite.

Die Plattfische zeichnen sich durch große Lebensfähigkeit aus und werden von den Fischern oft in der „Bünn“, d. h. in einem vom Seewasser durchgepöhlten Behälter im Schiffsinnen, lebend auf den Markt gebracht. Ich habe selbst gesehen, wie Flundern, die in der kühleren Jahreszeit in Kisten verpackt in Berlin eintrafen, hier noch Lebenszeichen von sich gaben und im Süßwasser wieder auflebten.

Bauarbeiter und Wohnungsnot

Die Begründung der Eingabe

Die der Eingabe der baugewerblichen Organisationen an Reichstag und Regierung beigefügte Begründung hat folgenden Wortlaut:

Die Wohnungsnot und die Arbeitslosigkeit haben in Deutschland eine Höhe erreicht, die die Grenze des Erträglichen übersteigt. Die Verantwortung für diesen das deutsche Volk schwer bedrückenden Zustand trägt die Reichsregierung, die es verabsäumt hat, durchgreifende Maßnahmen gegen die Wohnungsnot und die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zu treffen. Die baugewerblichen Gewerkschaften haben diesen Zustand kommen lassen und in wiederholten Entschuldigungen die Reichsregierung und den Reichstag zur Bekämpfung der Wohnungsnot gedrängt. Wenn die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches, der Länder und der Städte sich nicht zu einer entscheidenden Tat aufraffen, dann erklären sich die Gewerkschaften außerstande, ihre Gefolgschaft in den Dienst einer geordneten Wirtschaft zu stellen, und müssen die Verantwortung für den Zusammenbruch der gesamten Bauwirtschaft der Reichsregierung und den hinter ihr stehenden politischen Parteien überlassen.

Wir sind der Ansicht, daß die Bereitstellung der Mittel auch nicht mehr um eine Woche verzögert werden darf. Das deutsche Volk wartet nun schon seit Jahren auf entscheidende Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Zu diesen Maßnahmen haben sich weder die Reichsregierung, noch die Länder und Gemeinden bisher aufraffen können, obgleich sie wissen, daß das Staatskapital wie vor dem Kriege den Wohnungsbau aus eigener Kraft nicht finanzieren kann. Auch der von der Reichsregierung vorgelegte Entwurf einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues kann als hinreichende Maßnahme zur durchgreifenden Bekämpfung der Wohnungsnot nicht betrachtet werden, weil er nur ein einjähriges Provisorium betrifft und die zukünftige Finanzierung der Neubautätigkeit völlig im unklaren läßt. Wir verlangen daher, daß die Reichsregierung dem Reichstag umgehend einen Gesetzentwurf vorlegt, der die Finanzierung des Wohnungsbaues auf eine dauernd gesicherte Grundlage stellt. Der Mangel eines langfristig fundierten langfristigen Bauprogramms hat dem deutschen Volk bereits unzählige Millionen gekostet. Die periodische kurzfristige Belegung der Bautätigkeit ist gleich dem Anfallen eines Hochens auf höchstens sechs Monate. Sie bedingt einen höchst unökonomischen Leerlauf in dem Produktionsprozeß.

Die Baustoffbetriebe konnten sich auf einen geregelten Abfluß nicht einstellen. Ihre Produktion wurde darum von dem Grundloß beherrscht: kleiner Umsatz, hoher Ruhez. Der Baustoffwucherer fand in dem unsicheren Abfluß bei beschränkter Produktion den günstigsten Nährboden. Die Unsicherheit in der Finanzierung der Bauten ließ auch eine rationelle Ausnutzung der Produktionsmittel im Baugewerbe nicht zu. Die Folge war, daß das Bauunternehmertum sich durch unangemessene Aufschläge auf die Geschäftskosten für den Mangel an Beschäftigung schadlos hielt. Verlangt doch das organisierte Unternehmertum heute einen Aufschlag von 60 und mehr Prozent auf die Löhne als angemessene Abgeltung der Geschäftskosten. Dieser Satz würde jede neu erbaute Wohnung bei heutigen Preisen um 10 000—15 000 Mark belasten.

Mangelhafte Organisation der Bautätigkeit hat in den Kreisen der baugewerblichen Hand- und Kopfarbeiter eine Arbeitslosigkeit erzeugt, die die Allgemeinheit direkt und indirekt schwer belastet. Denn Arbeitslosigkeit, die eine gesteigerte Arbeitsleistung nach sich ziehen würde, kann im Baugewerbe nicht erreicht werden, solange das Gehalt der Arbeitslosigkeit den schaffenden Bauarbeiter immer wieder von neuem bedroht. Wir verlangen daher, daß die Reichsregierung schleunigst Maßnahmen einleitet, um eine geordnete Bauwirtschaft zu schaffen. Wir wollen die Reichsregierung nicht im unklaren darüber lassen, daß eine geordnete Bauwirtschaft die Ueberführung des gesamten Bau- und Wohnungswesens in die Gemeinwirtschaft voraussetzt. Wir verlangen daher, daß die Reichsregierung dem Reichstag schleunigst einen dahingehenden Gesetzentwurf vorlegt.

Ferner verlangen wir, daß die Reichsregierung verpflichtet wird, den die bisherige Bautätigkeit so schwer belastenden und hemmenden bürokratischen Instanzenzug zu vereinfachen. Wir verlangen, daß für die Durchführung des Wohnungsbauprogramms nur eine Reichsstelle verantwortlich gemacht wird. Fernerhin verlangen wir, daß die Reichsregierung zur Bekämpfung des Baustoffwuchers ver-

pflichtet wird, und daß ihr zu diesem Zweck hinreichende Mittel zur Organisation gemeinwirtschaftlich tätiger Baustoffbeschaffungsstellen zur Verfügung gestellt werden. Die in den letzten Jahren unaufhaltsam vorgeschrittene Spezialisierung und Kartellisierung der Baustoffherstellung stellt eine ungeheure Gefahr für die preiswerte Durchführung des Wohnungsbauwesens dar. Die Reichsregierung hat die Verpflichtung, die von der Allgemeinheit aufgebrauchten Mittel zum Wohnungsbau vor der Auswanderung des Privatkapitals zu schützen.

Wir können uns diesen Schatz nur wirksam denken, wenn die am Wohnungswesen interessierten gemeinnützigen Organe Mittel an die Hand bekommen, die ihnen ermöglichen, den Einkauf von Baustoffen von langer Hand vorzubereiten und durch Abschluß günstiger Lieferungsverträge so preiswert wie möglich auf den Markt zu bringen. Fernerhin verlangen wir, daß der Reichsregierung hinreichende Mittel zur Unterstützung wirtschaftlicher Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden, die geeignet sind, den Bau von Wohnungen zu verbilligen und zu beschleunigen. Wir denken hierbei insbesondere an die Organisation von Betrieben, die es sich zur Aufgabe stellen, Rohlen sparende Erbauweise zu fördern, die Baumaterial für den Wohnungsbau in den beschäftigungsarmen Jahreszeiten auf Vorrat zu stellen, die durch die Beteiligung der baugewerblichen Hand- und Kopfarbeiter im Produktionsprozeß höhere Arbeitsleistung erstreben, und die es sich zur Aufgabe stellen, in dem Bauproduktionsprozeß Arbeitskräfte ersparende Geräte und Geräte einzuführen.

Wir erwarten von dem Reichstag und der Reichsregierung, daß sie sich der Tragweite ihrer Beschlüsse bewußt bleiben. In ihrer Hand liegt heute das Schicksal unzähliger Wohnungsloser und arbeitsloser baugewerblicher Hand- und Kopfarbeiter, die es satt haben, von Versprechungen zu leben. Das Volk will Taten sehen.

Öffentliche Wählerveranstaltungen

In der Schaulaule der Mantelstraße war die Versammlung überaus stark besucht. Der Referent, Genosse Lindner, hielt das Referat über die Bedeutung des 20. Februar, das den Beifall der Versammlung fand. In der Diskussion machte ein Kommunist den Vorschlag, indem er die in unseren Versammlungen schon dazumal gehörten Ausführungen zum dreizehnten Male wiederholte. Da sich auch Genosse Krille zur Diskussion meldete, proklamierte der nachfolgende Kommunist indem er mit beifälliger Stimme fortwährend „Schlechte“ schrie. Eine halbe Stunde lang währte das Schreiben, und der Vorsitzende mußte kurz vor 10 Uhr — um diese Zeit müssen bekanntlich die Schaulaulen verlassen werden — Genossen Lindner das Schlusswort geben. Es dürfte angebracht sein, zu überlegen, ob man sich gegen derartige planmäßigen Störungen der Versammlungen nicht ernstlich zur Wehr setzen muß.

Schaulaule Grünhaldenstraße. Die große Aula war überfüllt. Genosse Wehl hielt das Referat. Reichs Beifall lohnte den Referent für seine Ausführungen. Die Diskussionredner Nowak, Kiefer, Bogler unterstrichen die Ausführungen des Referenten. Die Rechtssozialisten Kiel und Marin verließen den Standpunkt ihrer Partei zu verlassen, riefen aber nur großen Widerspruch der Versammlung hervor. Der Kommunist Mehlhose stellte sich in seinen Ausführungen auch auf den Standpunkt des Referenten. Mit einem Hoch auf das Internationale Proletariat wurde die überfüllte Versammlung von dem Leiter geschlossen.

Nationalhof, Bülowstraße. Die vom 2. Distrikt einberufene Versammlung war gut besucht. Genosse Seger hielt ein anderthalbstündiges, mit lebhaftem Beifall aufgenommenes Referat über die Preußenwahlen. In der Debatte marschierten drei Kommunisten auf, deren persönlich-gehaltene Sprechweise aber starken Widerspruch der Versammlung auslöste. Genosse Seger leitete im Schlusswort verdiente Hiebe aus, die die Kommunisten in helle Aufregung versetzten. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf die U. S. V. geschlossen.

Gymnasium Heesstraße, Steglitz. Vor einer starkbesuchten Versammlung sprach Genosse Rabald. Er behandelte zuerst die Stellung der Unabhängigen zum Friedensvertrag und sagte, daß die militärischen Forderungen von Deutschland schon längst hätten erfüllt werden können. Herabsetzung der Reichswehr, Entmilitarisierung der Schutzpolizei, Beseitigung der Ordnung und der Einwohnerwehren, das seien Forderungen, denen die Arbeiterschaft keinen Widerstand entgegensetze. Sie begrüßt vielmehr diese Forderungen, denn sie seien durchaus notwendig, auch im Interesse der Deutschen Republik. Die wirtschaftlichen Forderungen, die unerträglich hart sind, muß auch die Arbeiterschaft ablehnen. Sie darf dabei aber keinen Augenblick vergessen, daß die bürgerlichen Parteien, in erster Linie die Rechtsparteien, die Hauptschuld an dem harten Friedensvertrage

Durch ihren Rabald bewiesen die bulgarischen Studenten, daß sie Shaw nicht verstehen. Sonst würden sie wissen, daß er vor nichts Respekt hat und über seine eigene Nation viel grimmigere Sprüche macht, als über die ihre. Und sie würden gemerkt haben, daß er in seiner Komödie nicht bulgarische, sondern menschliche Schwächen verportet. Ueber die Aufführung ist nur zu sagen, daß die Schauspieler, die nicht gerade bedeutend aber auch durchaus nicht schlecht waren, von der Regie völlig im Stich gelassen wurden.

Ueberall Jenur. Kriminalbeamte der Münchener Polizei haben in den Räumen des Verlages Georg Müller römische Klaffler (!) und altitalienische Erzähler beschlagnahmt. Zollbeamte haben griechische, römische und italienische Klaffler (!), kunsthistorische Werke, altgriechische Erzählungen und bibliographische Werke (!) beschlagnahmt. Die beschlagnahmten Bücher sind zum größten Teil schon vor dem Kriege erschienen und von den wilmshelmischen Gerichten freigegeben worden.

Ebenso dreist und borniert ist die Jenur, die sich die Redaktion des Börsenblattes für den deutschen Buchhandel anmaßt. Sie lehnt nicht nur alle Inserate über Bücher von Grelting und andere Buchhändler ab, sie dehnt jetzt ihre Jenur, wie die „Weltbühne“ mittelst, auch auf rein literarische Werke aus. So hat sie ein Inserat des modernen Verlegers Paul Steegmann für einen Romanband „Im blauen Äffen“ von Walter Stern abgelehnt. Wir sind neugierig, wann das Solidaritätsgefühl der Bremer erwacht, wie lange sich die verschiedenen Schriftstellerverbände diese Wirtschaft gefallen lassen werden. Vermutlich so lange, bis die Drucker und Angestellten des Börsenblattes nach den Köchen sehen werden.

Tages-Notizen

Veranstaltungen anderer Distrikte. 16. Distrikt. Sonnabend, 3. Februar, 3 Uhr. Schaulaule Müller-Edle Teichstraße. Lichtbildvortrag über den Datz und über Tili Gutsenpiegel. Amher 30 Plg., Ermäßigung 50 Plg.

Veranstaltungen von Frauen. Krien- und Balladenabend. Sonntag, den 6. Februar 1931, 7 Uhr, in der Reichshalle, Sobottstraße 34-36. Der Opern- und Konzertsänger Capilla singt im ersten Teile Krien aus den Opern „Hans Heiling“ und dem „Wildschütz“ sowie Balladen von Leoze. Klavierbegleitung: Kapellmeister Bruno Weyersberg (Staatsoper). Im zweiten Teile Krien aus den Opern „Das Kätzchen von Granada“ und „Figaros Hochzeit“, sowie Balladen von Leoze. Bruno Weyersberg spielt die Suite Nr. 1 aus „Peer Gunt“ von Grieg. Eintrittspreise 2 Mk. bei den durch Stützungsbeitrag bekanntgegebenen Verkaufsstellen und im Kassenlokal, Zimmer 218.

Das öffentliche Schauspielhaus in Reichshaus. Auf Einladung des Kommunalen Volksbildungs-Komitees wird das Schauspielhaus mit seinen besten Kräften in Reichshaus ein Gastspiel geben. Am 11. Februar wird in den 5 Vorstellungen, deren Bühnen entsprechend besetzt sind, „Hänschenmann als Erzähler“, Schauspiel von Otto Graf, gegeben. Der nächste Eintrittspreis, 3 Mk. einschließlich Kleiderabgabe, ermöglicht vielen Arbeitern, den Genuß eines ganz Theaterabstimmung. Karten bei den Verkaufsstellen und bei den amtlichen Verkaufsstellen.

Kunsthändler. Der pariserische Milliardär Douberdill hat nach dem „Kunsthändler“ die schönsten Gemälde seines berühmten Sammlers dem Kunsthändler Maxime in New York verkauft, darunter Werke von Rembrandt, Holbein, Peter de Pour, Reynolds, Guinebatouh, Bonnet, Bissac.

haben. Genosse Rabald behandelte dann die Steuerpolitik, die höherwertigen Abfindung, die Ernährungsfragen und den Dänen Brief der U.S.V.D. Er erwähnte, die Bruderkämpfe einzustellen, oder sie wenigstens nicht mehr in der von den Kommunisten des linken häßlichen Form zu führen. Es gelte den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen, kein Arbeiter dürfe am 20. Feb. der Wahl fernbleiben. — In der Diskussion vertrat ein Kommunist, einige Ausführungen zu machen. Genosse Rabald wies in seinem Schlusswort darauf hin, daß die Arbeiter sich sowohl vom Reformismus der Rechtssozialisten, als auch vom Bolschewismus der Kommunisten freimachen müsse. Jede Stimme der U.S.V. am 20. Februar, das sei die beste Garantie gegen den Anmarsch der Reaktion in Preußen. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf die Partei geschlossen.

Widershof. Die im Lokal von Wöllstein abgehaltene öffentliche Wählerversammlung war sehr gut besucht. Genosse Krille, Leipzig referierte in trefflichen und durchaus sachlichen Ausführungen über die Frage: „Warum beteiligen wir uns an den Wahlen?“ und geteilte mit klaren Worten das Treiben der gesamten bürgerlichen Gesellschaft einschließlich der Rechtssozialisten, wobei er namentlich mit den letzteren scharf ins Gericht ging. Lebhafter Beifall beehrte keine Worte. In der Diskussion sprach ein Redner der U.S.V.D., der wohl im großen und ganzen die Ausführungen des Referenten unterstrich, sonst aber auf den eigentlichen Kern der Sache nicht eingieng, sondern sich mit der Moskauer Internationale beschäftigte. Genosse Krille fertigte in seinem Schlusswort den Diskussionsredner glänzend ab und stellte auch das Verhalten der U.S.V.D. Er führte aus, daß doch die Kommunisten andere Redner vorschicken müßten und nicht Leute, die noch keine Erfahrung hinter sich haben, dadurch erwiesen sie sich den schlechtesten Dienst. Mit einem Hoch wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Petershagen Ost. Am Sonntag, 30. 1., sagte im Gasthof Madel eine öffentliche Wählerversammlung, in der Gen. Artur Richter über die Tätigkeit der einzelnen Parteien in der verfassunggebenden Landesversammlung und die Aufgaben der U. S. V. D. im neuen Landtag sprach. Sämtliche Anwesenden waren mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, denn trotz mehrmaliger Aufforderung des Vorsitzenden meldete sich von den anwesenden Rechtssozialisten und Kommunisten niemand zum Wort. Hoffentlich handeln dieselben auch am Tage der Wahl dementsprechend und wählen nur unabhängig!

Ergebnis der französischen Anleihe. Wie der Finanzminister mitteilt, hat die letzte Anleihe rund 28 Milliarden in Franken ergeben. In Bargeld sind rund 11 Milliarden Franken eingegangen.

Groß-Berlin

Wahlpropaganda und Almosenempfang

Der Leser wird sich fragen, was Wahlpropaganda und Almosenempfang miteinander zu tun haben? Nun, wie sind der Meinung: Nichts.

Anderer Meinung ist aber offenbar der Hauseigentümer W. Fuhs, Brandenburgstraße, der gleichzeitig die Auszahlung von Almosen an die Empfänger zu besorgen hat. Er machte die Almosenempfänger auf die Landtagswahl aufmerksam und erklärte ihnen in Ausdrücken, die sich zur Wiedergabe in der Öffentlichkeit nicht eignen, daß sie um Gotteswillen keine roten wählen sollten. Die Roten hätten nicht einmal fertig gebracht, die Reichsbanner-Kriegsarbeiter weiter zu beschäftigen. Wenn sie rot wählen würden, dann bekämen sie nur noch die Hälfte Almosen oder gar nichts.

Abgesehen von dem ungerechten Zeug, was der Herr da offenbar zusammengeredet hat, müssen die Almosenempfänger solche Belehrungsversuche energig zurückweisen. Der Herr ist höchst weiter als ausführendes Organ und hat seine Stellung und die Auszahlung, die eine amtliche Erledigung ist, nicht zu antijohannitischen Wahlpropaganda zu misbrauchen.

Der Vorgang wäre als einzelnes Ereignis nicht so bedeutungsvoll, wenn er nicht der Ausfluß eines Systems wäre, eines Systems, das in der jetzigen Regierung besonders in der wirtschaftlichen Abhängigen besteht! Man glaubt leichter auf die Leute einzuwirken zu können, die durch ihre Abhängigkeit eingeschüchtern werden können. Gerade die Almosenempfänger haben alle Ursache, zum Sozialismus zu stehen, der ihnen erst das Recht an der Welt geschaffen hat, der ihnen statt Almosen Recht auf Erhaltung ihres Lebens gibt.

Darum wählt erst recht rot! Wählt aber nicht das blasse Rosa der Rechtssozialisten, auch nicht das ans Schwarze, an die Farbe der Reaktion grenzende Rot der Kommunisten, sondern wählt das reine, leuchtende Rot des unerschütterlichen Sozialismus: Wählt die U. S. V. D.!

Die Diebstähle im Osthafen

Beschäftigten am Mittwochabend eine Sitzung des Verwaltungsrates für Häfen und Schifffahrt der Stadt Berlin. Zunächst wurde festgestellt, daß die in der Presse erwähnten umfangreichen Diebstähle von Karbid, Kohle und Rubeln einer verflochtenen Zeit angehören und damals auch strafrechtlich verfolgt worden sind. Die derzeitige Verwaltung konnte sich nur mit den Fragen beschäftigen: Sind gegenwärtig noch Diebstähle statt? Und: Was ist dagegen zu tun?

Um diese Fragen ausreichend erörtern zu können, waren auch die Direktion des Osthafens, der Betriebsrat und der Leiter des Sicherheitsdienstes auf dem Osthafen geladen. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß der Staat selbst irgendwelcher Schaden aus den Vorkommnissen nicht erwachsen ist, daß der Betriebsrat voll seine Pflicht getan habe daß leider allerdings bis in die letzte Zeit immer wieder kleine Diebstähle vorkommen sind.

Ueber den Charakter der meisten Diebstähle gab Herr Direktor Fiedler die folgende Aufklärung: Bei den Kohlen handele es sich um herrenloses Gut, das beim Umladen sowie aus Waggons und Pferdefuhrwerken verlorengelasse. Auch die Greifze, welche die Kohlen aus den Köchen heben, lassen vielfach einen Teil der Ladung fallen, der zwischen Bordwand und Ralmauer ins Wasser fällt. Viele Kohlen wurden früher von Privatleuten gehoben, jetzt sei dies den Arbeitern gestattet. Auch beim Reinigen der Köche zwecks Aufnahme anderer Ladung finden sich unter den Bodenbrettern vielfach noch Kohlen. Auch beim Getreidemladen gebe es Verluste. Die Waggons seien unachtsam. Ein Arbeiter habe sich dadurch vergangen, daß er keine Kaffeelatte unter einen unachtsamen Waggon hielt und die Kaffee latte auffing. Die tollhacker verlorengelassen waren und niemandem zugute kamen. Es sei natürlich nur dann gestattet, derartige Gegenstände aus dem Hafengelände zu entfernen, wenn die Befreiung eines Baggons oder eines Schiffes über den ehrliehen Erwerb der fraglichen Gegenstände vorliege. Daß nichts einwendet werde, dafür sei durch eine umfangreiche Kontrolle im Betriebe und beim Verlassen desselben gesorgt. Werde dabei jemand erwischt, der Lebens- und Gebrauchsmittel ausführe, über deren Erwerb er sich nicht ausweisen könne, so verfolge er der Strafe. Die gefährlichen Straßen seien in diesen Häfen stets sehr viele ausgefahren, da es sich meist um verhältnismäßig geringe Quantitäten handele. Die Direktion habe deswegen ein eigenes Stoffsystem eingeführt. Dieses bestehe in Verwahrung, Zwangsverkauf und Einzahlung. Der Zwangsverkauf sei wegen des entgangenen Verdienstes für die Betroffenen eine weit höhere Strafe, als die Geldstrafe sie jemals ausgesprochen hätten. Herr Direktor Fiedler stellte auf Befragen ausdrücklich fest, daß der Betriebsrat ihn nie an der Ausführung der Kontrolle gehindert habe.

Dies wurde auch vom Betriebsrat noch ausdrücklich festgestellt. Wenn den kontrollierenden Vollgelehrten nicht immer der Name von Festgestellten genannt werden konnte, so findet dies seine

